

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

364 (8.8.1921) Abendausgabe

mohl wie mit dem Gedanken überhaupt aufzäumen, den Gewinn als solchen zu besteuern, eher er buchmäßig aufgeteilt ist. Der Entwurf des Kapitalverkehrs sehr vorzüglich zu handhaben ist, da vor allem die Vermögensgegenstände, wie z. B. der Derivatshandel, an dessen Besteuerung man denkt, sehr empfindlich reagieren.

Das Hauptstück unter denjenigen Steuerplänen, die das Kapital und seine Rente treffen sollen, ist der Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes. Es ist zunächst zu begrüßen, daß man den fiskalischen Ausdruck „Reichsnotopfer“ hat fallen lassen, der durch die Verbindung mit dem Wort „Veredelung“ nur noch fischerig wurde. Keine Steuer wird von demjenigen, der sie bezahlen muß, als besonders edel empfunden werden. Am allerwenigsten gilt das vom Reichsnotopfer, das nach dem Entwurf des Vermögenssteuergesetzes wenigstens der allergrößten Mängel entkleidet werden soll. Der eine grundlegende Fehler des Reichsnotopfergesetzes war der, daß die erste Erhebung auf einen 13 bis 18 Monate späteren Termin als das Einkünftegesetz fiel, daß also infolge der weiteren Entwertung des Geldes die Besitzer von Realwerten von dieser Sinauszögerung profitierten, während die Besitzer von festverzinslichen Papieren die Dummen waren. Da die Geldentwertung weitergeht und der ursprüngliche Gedanke der einmaligen Vermögensabgabe durch die Ermöglichung von Ratenzahlungen zugunsten des Gedankens der laufenden Vermögenssteuer schon fallen gelassen worden ist, so würde sich nach dem ersten Reichsnotopfergesetz diese Ungerechtigkeit in verstärktem Maße noch weiter fortgesetzt haben da in dem alten Gesetz die Wertverminderung und Wertvermehrung bei der Steuerberechnung außer Anschlag blieb und ebenso neu erworbene Vermögen nicht herangezogen werden konnten. Dieser Ungerechtigkeit soll nach dem neuen Entwurf dadurch entgegengetreten werden, daß der feste Ertrag aufgegeben wird und alle Vermögen einschließlich der neu gebildeten in bestimmten Steuerabschnitten von etwa 3 Jahren oder in noch kürzeren Abschnitten neu veranlagt werden sollen. Weiterhin soll den bestehenden Ungerechtigkeiten durch neue Bewertungsgeschäftspunkte unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage Rechnung getragen werden. Dieser Plan des Reichsfinanzministers ist nicht identisch mit dem Vorschlag des Reichswirtschaftsministeriums. Die bekannte Denkschrift des sozialdemokratischen Reichswirtschaftsministers fordert eine Beteiligung des Reiches an den Realwerten selbst. Die Verwirklichung sollte durch Aufhebung von Goldhypotheken und durch Abführung von Besitztiteln mit allen Rechten der Aktionäre an das Reich erfolgen. Hier sollte also in die Steuerpolitik ein sozialistisches Wirtschaftsexperiment hineingetragen werden, während der Plan des Finanzministeriums nur als ein sozialer Steuerentwurf anzupreisen ist. Daß allerdings auch das neue Vermögenssteuergesetz in vielen Fällen Eingriffe in die Vermögenssubstanz zur Folge haben kann, wird im Finanzministerium eingesehen. Es ist aber bezeichnend für den Ausgangspunkt der im Gegensatz zum sozialistischen Ausgangspunkt des Reichswirtschaftsministeriums steht, daß jeder Zwang zu unwirtschaftlicher Veräußerung von Teilen der Substanz vermieden werden soll. Der leitende Gesichtspunkt ist nicht ein sozialistischer, sondern ein fiskalischer und volkswirtschaftlicher verbunden mit dem Gedanken der sozialen Gerechtigkeit.

Die beiden letzten Punkte betreffen ein neues Vermögenssteuergesetz und die Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. Für ersteres ist das Wesentliche die Forderung der Bewertungsgrundsätze nach den gleichen Gesichtspunkten wie beim Vermögenssteuergesetz, während die Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit die Revolutionen und Nachkriegszeitgewinnler treffen soll. Uns scheint es, als ob dieser Entwurf am wenigsten gefeit sei gegen die Kritik. Niemand wird uns im Verdacht haben, daß wir uns schuldig vor Revolutionsgewinnler stellen wollten, aber die Grundfrage ist eben die, ob dasjenige, was das Finanzministerium als wirklichen Vermögenszuwachs zu betrachten geneigt ist, nicht in vielen Fällen nur ein nomineller Zuwachs ist, der die Geldentwertung zum Ausdruck bringt und der in manchen Fällen sogar ein realer Verlust sein kann. Auf alle Fälle muß die Kritik der Deffektivität sich noch sehr gründlich mit den Beziehungen zwischen dem Vermögenssteuergesetz und der Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit beschäftigen.

Der Ausgangspunkt der Kritik wird natürlich nicht derjenige sein, den Besitz und die Aktionäre vor der Steuer zu schützen, sondern der volkswirtschaftliche Gedanke, daß der deutschen Wirtschaft als Ganzem nicht das Betriebskapital in zu hohem Maße entzogen werden darf. Unter den Wirkungen würden letzten Endes gerade auch die wirtschaftlich schwächeren Kreise am meisten leiden. Alle Kritik aber, die an Einzelheiten der Gesetzgebung oder an dem Grundgedanken des einen oder anderen Gesetzes überhaupt geübt wird, muß sich bewußt sein, daß der Versuch, unsere Finanzen in Ordnung zu bringen, den Etat zu balancieren und die uns auferlegten Lasten aufzubringen, ernstlich gemacht werden muß, daß also an die Stelle jeder kritischen Steuer der Vorschlag einer anderen gestellt werden muß. Wir dürfen nie den ganzen Ernst der Situation aus den Augen verlieren. Erst jetzt wird uns recht zum Bewußtsein gebracht, daß wir den Krieg verloren und den Versailles Friedenvertrag unterzeichnet haben.

Lenin geht ins Ausland.

n. Kopenhagen, 6. August. (Drahtbericht unseres Vertreters.) Politiken meldet: Das in Sowjetrussland immer wieder auftauchende Gerücht über Lenins bevorstehende Abreise in das Ausland wird nun bestätigt. Wie aus Moskau gemeldet wird, will Lenin zwischen dem 15. und 20. August nach England verfliegen und sich zunächst nach England begeben, wo er eine Woche zu bleiben gedenkt. Von dort wird er nach Schottland oder Capri reisen, wo er längere Zeit bleiben will.

Offiziell heißt es, daß die Reise als Erholungsreise auf dringenden Rat der Ärzte vor sich gehe; man sieht es aber in Sowjetrussland für wahrscheinlich an, daß Lenins Abreise nur diplomatischer Art ist, da in der letzten Zeit ein heftiger Konflikt im Zentralkomitee der kommunistischen Partei zwischen den Anhängern Lenins und denen Trozks entbrannt ist. Der Streit dreht sich um zwei Hauptpunkte. Erstens will Lenin in der Behandlung der Hungertatrophe eine vorwiegend politische Lösung gegenüber dem kapitalistischen Ausland, während Trozki und seine Anhänger eine solche Politik heftig bekämpfen. Zweitens wünscht Lenin die Frage der Rückzahlung der russischen Staatsschulden im Geiste der Nachgiebigkeit gelöst zu sehen, ein Standpunkt, der von Trozki, Bucharin und anderen entschieden abgelehnt wird. Lenins Reise wird, wie man glaubt, dazu führen, daß die Anhänger Trozks allein in die Lage kommen, die weitere Entwicklung der russischen Regierungspolitik zu bestimmen.

Die Bekämpfung des Kommunismus. c. Basel, 6. Aug. Das „Jugoslavische Pressbüro“ meldet aus Belgrad: Die gescheiterte Nationalversammlung hob die parlamentarische Immunität der 50 kommunistischen Abgeordneten auf; anschließend daran wurden 8 Abgeordnete der kommunistischen Partei, die Mitglieder des kommunistisch-revolutionären Komitees waren, verhaftet.

V. Basel, 8. Aug. (Drahtbericht unseres eigenen Berichterstatters.) Der amerikanische Postdampfer „Alaska“, der von Portland (Oregon) nach San Francisco abgegangen war, ist auf der Höhe Eureka gescheitert. Es befanden sich zahlreiche Touristen, im ganzen 200 Personen auf dem Schiff. Bis jetzt wurden 26 Passagiere und 16 Mann der Besatzung vermisst, der andere Teil konnte gerettet werden.

Die badische Regierung und die Teuerung.

Auf Anregung der badischen Abteilungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte die badische Regierung heute vor-mittag die Spitzenverbände der Arbeiter und Angestellten und die Verbraucherorganisationen zu einer Besprechung über die bevorstehende Teuerung und ihre Bekämpfung eingeladen. Die Beobachtung, daß alle Preise zur Zeit wieder anziehen, kann man jeden Tag machen. Gegenwärtig man sich dann noch, daß infolge der Dürre eine weniger gute Ernte in Aussicht steht, bedient man weiter, daß in aller nächster Zeit die neuen Steuern in Kraft treten, so kann man den Gedanken einer Aussprache zwischen Regierung und Konsumenten durchaus als gesund bezeichnen. An einer solchen Aussprache hätten aber auch die Produzenten teilnehmen können. Erst dann hätten Ergebnisse erzielt werden können. Eine Aussprache zwischen Regierung und Konsumenten allein muß immer platonischen Charakter tragen, und die heutige Sitzung hat gezeigt, daß für die Allgemeinheit günstige Ergebnisse nicht erzielt werden können. Der Minister des Inneren Remmele sprach in längerer Rede, daß er die Schwierigkeit des Problems sehr empfindet hat. Wenn seine Abwehrmaßnahmen nicht so einschneidender Natur sind, wie man es wohl wünschen möchte, so liegt dies an den mangelhaften Kompetenzverhältnissen zum Reich. Zu begrüßen ist, daß der Minister die Wiedereinführung der Zwangsversteigerung, sei es auch nur in der Form der Richtpreisfestsetzung, ablehnt. Er teilte mit, daß die Regierung die bisherige Teuerung bekämpft habe, indem sie die Preise herabgesetzt habe, angefangen mit der heutigen Lage der Haltung geändert habe und, daß sie jetzt Hilfe allein von einer Erhöhung der Löhne erwarte. Dementprechend wird, wie wir übrigens wiederholt an anderer Stelle angedeutet haben, dem Landtag noch zu seiner Ratung im September eine Ergänzungsvorlage zum Beamtenbesoldungsgesetz zugehen. Ob damit aber wirklich etwas für die Beamten getan wird, bleibt nach den Erfahrungen aus der jüngeren Vergangenheit zu bezweifeln. Höhere Löhne allein schaffen bekanntlich nicht die Waren. Sie erhöhen nur die Nachfrage und wirken deshalb noch weiter preissteigernd. Aber es ist wirklich schwierig, andere, bessere Mittel zur Bekämpfung zu finden.

Minister Remmele begann seine Ausführungen mit einer eingehenden Schilderung der augenblicklichen Lebensverhältnisse. Er bezeichnete als Ursachen für die Teuerung die augenblickliche Dürre, den Wegfall der Nahrungsmittelzuschüsse und das Überwiegen der Nachfrage über das Angebot. Die Erhöhung des Brotpreises werde auch in Baden sehr spürbar werden. Das Brot, das bis jetzt 3.80 Mk. koste, werde sich nach den Berechnungen auf 5.50 bis 6.00 Mk. stellen. Das sei eine Preissteigerung um 29 Pfennig pro Kopf und Tag und für eine fünfköpfige Familie würde die Mehrausgabe im Jahr und um 500 bis 550 Mk. ausmachen. Weitere Preissteigerungen seien für Mehl und Gemüse zu erwarten. In Mittelbaden sei infolge der Dürre die Gemüsernte vollständig vernichtet und wenn nicht in den nächsten Tagen starke Regenfälle einträfen, würde auch die Herbstkartoffelernte vernichtet und das würde katastrophale Folgen für Baden haben. Die badische Regierung habe bisher geglaubt, der Teuerung am besten entgegenzutreten zu können, indem man auf die Preise drückte. Da aber die Preise für das kommende Jahr nicht herabgesetzt werden könnten, habe sich die Regierung entschlossen, von ihrer bisherigen Politik abzugehen. Man müsse neue Richtlinien für die Entlohnung suchen und die Regierung sei bereit, die Konsequenzen aus ihrer Anschauung zu ziehen. Es werde dem Landtag noch in aller nächster Zeit ein Entwurf zugehen, der eine Besoldungsreform für die Beamten und Angestellten enthält. Die Regierung hoffe, daß auch die privaten Arbeitnehmer und Arbeitgeber durch Verhandlungen zwischen den Organisationen direkt zu einem Ausgleich kommen werden. Als weiteres Mittel zur Bekämpfung der Teuerung sei der Regierung die Beibehaltung bzw. Wiedereinführung der Preispolitik genannt worden. Wiedereinführung der Preisüberwachungsstelle sei aber nichts anderes als Wiedereinführung der Zwangswirtschaft mit all ihren üblen Folgen. Die Regierung verspreche sich von diesem Vorhaben nichts. Das wichtigste sei, Lebensmittel überhaupt zu erhalten. Wollte man das, so dürfe man die Produzenten nicht verleiten, ihre Waren anderswohin zu liefern, wo sie teurer bezahlt würden. Hilfe könne nur ein geschlossenes Vorgehen im ganzen Deutschen Reich bringen und auch das nur, wenn genügend Waren vorhanden wären. Da aber die Not zu groß sei, wäre das aussichtslos, die Bevölkerung selbst würde sich nie an Reichpreise halten, wenn sie zu höheren Preisen sonst unerfährliche Waren kaufen könne. Die badische Regierung werde versuchen, die Produktion zu heben, auf diese Weise drückend auf die Preise zu wirken. Zu diesem Zwecke habe Baden bei der Reichsregierung beantragt, ein Ausfuhrverbot für Obst und Wein erlassen zu dürfen. Beide Anträge seien noch nicht genehmigt.

Nachrichten aus dem Lande.

Zwei Raubmörder fünfmal zum Tode verurteilt.

Waldshut, 7. Aug. Nach mehrtägiger Verhandlung wurde, wie bereits kurz gemeldet, heute in früher Morgenstunden in dem Prozeß gegen den Tagelöhner Ludwig Osterag aus Dettingen und gegen den Konditor Fritz Reutter aus Müllingen (Wtbg.) das Urteil gesprochen. Der Angeklagte Osterag wurde wegen dreifachen Mordes im rechtlichen Zusammenstoß mit dreifachen besonders schweren Raub dreimal zum Tode verurteilt, der Angeklagte Fritz Reutter wegen zweifachen Mordes im rechtlichen Zusammenstoß mit zweifachen besonders schweren Raub zweimal zum Tode und wegen Beihilfe zu besonders schwerem Raub in einem dritten Falle zu 5 Jahren Zuchthaus; den beiden Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer aberkannt. Damit hat eine Reihe von schweren Verbrechen ihre Sühne gefunden, die in dem vergangenen Jahre die Deffektivität in großer Erregung hielten.

Die beiden Angeklagten stammen aus Württemberg. Osterag, am 20. Januar 1897 geboren, war in Dettingen (Wtbg.) wohnhaft und noch nicht vorbestraft, Fritz Reutter wurde am 2. Januar 1900 in der Gemeinde Müllingen geboren und war gleichfalls noch nicht vorbestraft. Am 18. Juli 1920 ermordete Osterag die Württembergische Schmiech in Fingelsbüren, Gemeinde Müllingen, wobei er von Reutter wirkungsvoll unterstützt wurde. Den beiden Genannten fielen damals 500 Mark in die Hände. Den zweiten Mord verübten sie am 5. August 1920 bei den Trüberger Wasserfällen an dem 23 Jahre alten Bankbeamten Heinrich Grünewald aus Frankfurt, den sie an der obersten Stiege des Wasserfallweges nieder-schlugen. Sie warfen den Betäubten über einen Felsen in das Wasser und Osterag verließ ihn, als wieder zu sich kam und um Hilfe schrie, einen tiefen Stich in die rechte Halsseite, jedoch Grünewald verblüdete. Sie raubten ihm seine Brieftasche mit etwa 120 Mark, eine goldene Uhr und ein Feisfernglas. Ihre letzte Untat begingen sie am 26. März ds. Js. Sie überfielen die Witwe Wendle in ihrem Hause in Brunnenadern bei Bönndorf. Auch dieses Opfer wurde gewürgt, bis es tot war. In diesem Falle erbeuteten sie 18 000 Mark. Die Verhandlung ergab, daß beiden auch zahlreiche Einbrüche in Fingelsbüren zur Last fallen, die sie teils in Württemberg, teils in Baden verübt hatten. Osterag nahm das Urteil vollkommen ruhig und gelassen auf, er lagte sogar, während Reutter, der während der Verhandlung schon wiederholt Zeichen der Reue zeigte, bei Verkündung des Urteils vollkommen zusammenbrach.

gt. Jaisenhäuser (M. Bretten), 7. Aug. (Abermals Großfeuer.) Gestern abend 9 Uhr schlugen erneut die Flammen aus der am einen Ende an den alten Brandplatz grenzenden Scheune der Witwe Hill, die sofort lichterloh brannten und die beiden an-

es müsse dabei einmal festgestellt werden, daß die Reichsregierung auch hier wieder Anträge, die aus Baden kommen, viel langsamer und viel unfreundlicher behandle, als solche, die von Bayern oder Württemberg gestellt würden. Die badische Regierung habe weiter in Berlin angeregt, in erhöhtem Maß für die Einfuhr von Kraftfutter aus dem Auslande zu sorgen. Auch Zeit und Geld könnten eingeführt werden auf Reichskosten oder wenigstens müsse das Reich Sorge tragen, daß die Preisfestsetzung nicht ganz so willkürlich geschehe, wie seit einiger Zeit der Fall sei. Zu erwägen sei auch, ob man nicht Mehlorde, die jetzt noch auf dem linken Rheinufer lagerten, einführen könnte. Über dagegen hätten schon die Mannheimer Mühlenwerke im Einvernehmen mit ihren Arbeitern, die dadurch brotlos würden, protestiert. Das Gesuch des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Zwangsversteigerung, wenigstens so weit die Preisüberwachungsstelle in Frage komme, wieder einzuführen, sei deshalb angeht die allgemeine Notlage abzulehnen.

In die Ausführungen des Ministers schloß sich eine lange Aussprache, in der allgemein bedauert wurde, daß nicht auch die Produzenten an der Sitzung teilnahmen, Gewerkschaftssekretär Hofmann teilte mit, daß die Gemüsepriese gegen das Vorjahr um 150 Prozent, die Butterpreise um 72 Prozent, die Obstpreise gar um 210 Prozent gestiegen seien. Eine dreiköpfige Familie brauche als Existenzminimum nur für Ernährung 315,45 M wöchentlich. Die bevorstehende Erhöhung der Invaliden- und Unfallversicherung würde eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung mit sich bringen. Er schlug vor, daß Kommissionen aus Produzenten und Konsumenten überall eingesetzt würden, um die Preise zu revidieren. Weiter wurde in der Aussprache betont, daß die Regierung dafür Sorge zu tragen habe, daß Wandel geschaffen werde. Scharfe Worte fielen gegen jene Arbeitgeber, die die Zeichen der Zeit nicht begriffen würden. Das Ministerium müsse auf die Arbeitgeber einwirken, damit sie Preisänderungen bekämpfen für die heilige Lage des Volkes. Komme es nicht dazu, trete kein Wandel ein, so gehe das deutsche Volk den schlimmsten Zeiten entgegen, die geeignet seien, die deutsche Nation zu vernichten. Überaus bedauert wurde, daß an der Konferenz keine Vertreter der Arbeitgeber anwesend wären. Die Löhne müßten unter dem Druck der schweren Zeit den Weltlöhnen angepaßt werden.

Minister Remmele erwiderte auf die verschiedenen Ausführungen u. a., daß versucht werden müsse, eine Plattform zu finden, für eine Aussprache zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Der Minister schlug vor, eine Abordnung von Sachverständigen zu ernennen, die sich mit ihm zum Arbeitsministerium begeben sollten, um dort das Ergebnis der Aussprache zu unterbreiten. Bezüglich der wiederholt schon gezeichneten Zustände, die durch die wilde Schnapsrenerei in Mittelbaden entstanden, betonte der Minister, daß die Parteien auf die Leute einwirken müßten, um ihnen das Gewissen zu schärfen. Ferner wurde Stellung genommen gegen den Wucher; es sollte sich jedermann einer Verbrauchergenossenschaft anschließen. Verlangt wurde dann die Ausschaltung der vielen Zwischenglieder. Einflußnahme der Regierung auf die Schlichtungsämter. Auf eine Anfrage, ob ein Ausfuhrverbot für Hen befehle, antwortete der Minister, daß in Deutschland ein solches Verbot bestünde. Ferner erwähnte der Minister, daß Vorkehrungen getroffen seien, um überreife statistisches Material über die Preisbewegung und so ein objektives Bild über die Lage zu bekommen. Dann erwähnte der Minister, daß Baden nicht mehr so konkurrenzfähig sei, wie früher. Wenn nicht Ausgleich dadurch geschaffen werde, daß die „Reife Kohlen“ den Unternehmern und der Industrie zu Hilfe käme, müsse man damit rechnen, daß ein großer Teil unserer Industrie aus Baden erzwungenermaßen oder zum mindesten im Norden und Ostens Deutschlands Filialen errichtet werden. Der Minister schlug vor, eine Kommission zu bilden, bestehend aus den sieben eingeladenen Spitzenorganisationen. Diese solle sich am nächsten Mittwoch zum Arbeitsministerium begeben und ihm dann über den Verlauf der Besprechungen Aufschluß geben. Der Minister sprach zum Schluß die Bitte aus, daß die Vertreter der Arbeiterorganisationen, besonders jene aus Mannheim, sich an ihre Mitglieder wenden und ihnen in Ruhe über den wahren Stand und die Lage berichten möchten. Dann sei er überzeugt, daß wir auch diesmal über die schwere Lage hinweg kommen können.

stehen großen Scheunen, die Doppelscheuer Pfeifer-Ströche und die der Witwe Steinbach in kurzer Zeit samt den mit großen Holzvorräten gefüllten Nebengebäuden, Ställen und Schuppen von Grund auf zerstört. Vom Löwengänge bis zur Mißelstrasse sind jetzt alle Scheunen und Hintergebäude zerstört. Wie beim ersten Brande eiften sämtliche Wehren von Eppingen bis Bretten zur Hilfe. Jenen allein ist es zu verdanken, daß aus Jaisenhäusern in dieser Nacht nicht ein zweites Sankthausen geworden ist. Es wird Brandstiftung vermutet. Eine Verhaftung ist vorgenommen worden. Es geht ein Gerücht im Dorf um, es sei ein Brief gefunden worden mit neuen Brandandrosungen. Die ganze Gemeinde ist bestürzt. Der Feuerwehrmann, der beim ersten Brande abgestürzt ist, soll auf dem Wege der Besserung sein. Am Sonntag war Jaisenhäuser das Ziel einer reinen Völkerverwanderung von Neugierigen. Wichtig sind Gaben an Futter und Getreide. Man hofft, daß es sich ermöglichen läßt, daß die Gemeinde an den Kommunalverband nichts abzuliefern braucht. Eine ganze Anzahl von Bauern haben sich bereit erklärt, unter diesen Umständen ihre Ablieferungsmenge den Brandgeschädigten unentgeltlich zu überlassen. Der Schaden geht in die Millionen.

Flebingen, 8. Aug. (Auseifer.) Der erst 15 Jahre alte Hermann Sutterer aus Karlsruhe war bereits in der Erziehungsanstalt Flebingen untergebracht, weil er verschiedene Diebstähle auf dem Ackerhof hatte. Von dieser Anstalt ausgerissen, kam er nach Bradenheim und fand bei einem Landwirt über die Ernte Arbeit. Blödsinnig verstand er unter Mitnahme einer größeren Geldsumme. Es gelang ihm in Lauffen festzunehmen und in das Amtsgerichtsgefängnis Bradenheim einzuliefern. Am nächsten Morgen wurde er zu seiner Vernehmung ins Amtsgericht vorgeführt. Während der Vernehmung benötigte er einen günstigen Augenblick und entflo auf's Neue.

Kistatt, 8. Aug. (Großfeuer.) Die Stallungen der Johannea-Bräunnen hier ab trotz der eifrigsten Bemühungen der Feuerwehr von Kistatt und Ottingen. Leider verbrannten neunzehn zum Teil wertvolle Pferde, jedoch der Mittelbadischen Gebäudefiskus ein erheblicher Schaden erwacht. Die Gebäude sind Eigentum des Kreises. Der Gesamtschaden dürfte sich auf annähernd eine Million belaufen. Auch Futtermittel und Schweine sind mitverbrannt. Dem verheerenden Element fiel außerdem der Stallknecht „Hubertus“ zum Opfer, das zur Erholung auf der Jaisenhäuser untergebracht war. Es machte sich starker Wassermangel geltend, da nur aus einem Brunnen Wasser gewonnen werden konnte. Auch der Wald wurde bei dem herrschenden starken Wind angelegt; hier gelang es jedoch bald, das Feuer einzudämmen. Von den Pferden konnten 28 gerettet werden.

Steckenpferd-Seife die beste Milchemilchseife für arme weiße Haut

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 8. August 1921.

Konzerthaus. In der Neueinstudierung der Operette „Die Weiße“ fingen Frau Lange-Bate die Titelpartie, Effe Simon von Kallfel die Wallo, ferner die Herren Hoemlars den Feitfar, Steiner den Katana. In bedeutenderen Aufgaben sind außerdem beschäftigt die Damen Boll, Beer und Schaaß, ferner die Herren Berg und Carl. Choreographie und Einstudierung der Tänze sind von Carl Goebbel, die musikalische Leitung hat Kapellmeister Federcher inne.

Die Jugendabteilung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten machte am Samstagabend eine Nachwanderung von Bühl bis Oberal, zum Gertelbachhotel, wo ein kleines Feuerwerk veranstaltet wurde. Es ging dann mit Lampions die Gertelbach-Wasserfälle hinauf zum Kurhaus Hundsd. Nach zweistündigem Marsch gelangte die frohe Wandergruppe zur Hornisgrunde und von dort aus gingen an den lagenreichen Nummelsee. Nach längerem Aufenthalt wurde die Wanderung übers Ede, Ruffstein, Allerheiligen, Edeltraumengrad nach dem Endziel Ottenhöfen fortgesetzt.

Unfall. Am Freitag vormittag 10 Uhr ereignete sich ein 19-jähriger Landknecht beim Regen von Dachpappe in einem Hause der Karlstraße durch einen Unfall, daß er mit einem Eimer losenden Holzzeugs mit der Leiter umfiel, etwa 2 1/2 Meter hoch abstürzte, dabei das linke Handgelenk verstauchte und sich am Hals, an der rechten Hand und am rechten Fuß Brandverletzungen zuzog. Der Verletzte fand Aufnahme im städt. Krankenhaus.

Unfall mit Todesfolge. Am Samstag nachmittag gegen 5 Uhr fiel im Borst Ruppert ein 12-jähriger Schüler beim Strohstoßen vom oberen Stockwerk der Scheuer rückwärts herab und zog sich schwere Verletzungen zu, an deren Folgen er am Sonntag nachmittag gegen 2 Uhr starb.

Berichtigung. Zu dem letzter Tage im Polizeibericht erwähnten Selbstmord einer Frau in der Stefanienstraße, die zum Fenster heraus in den Hof stürzte und hierbei den Tod fand, wird berichtigend bemerkt, daß es sich da Gründe für einen Selbstmord nicht vorliegen, wohl um einen Unglücksfall gehandelt hat.

§ Zusammenstoß. Am Samstag nachmittag gegen 1/5 Uhr stieß ein Einpinner-Fuhrwerk, das die linke Seite der rechten Seite der Bahnhofsstraße einhielt, am Wühlburger Tor mit einem Wagen der elektrischen Straßenbahn zusammen. Der Straßenbahnwagen wurde beschädigt; aber auch die Ladung des Fuhrwerks, die aus Limonade in Flaschen und Körben bestand, erlitt — es sind einige Körbe zerbrochen und Flaschen zerbrochen — Schaden. Menschen oder Tiere wurden nicht verletzt.

§ Marktprolet. Im Juli wurden 8 Obsthändler und Händlerinnen bestraft, weil sie auf dem Markt unregelmäßig abverkauft hatten, ohne dies durch einen an der Verkaufsstelle angebrachten deutlichen Anschlag kenntlich zu machen.

§ Bestrafung und Führer von Kraftfahrzeugen werden darauf hingewiesen, daß auch fernerhin in Baden nur die Verwendung von nicht einjährigen Gruppen innerhalb geschlossener Dörfer zur Abgabe von Warnungsscheinen gestattet ist.

§ Verhaftung wurden ein Former wegen Betrugs, eine Stille, die wegen Betrugs ausgeschrieben war, ein Bäckermeister, die zum Strafvolzug geschickt wurde, und eine Kellnerin wegen Gewerkschaftsbeitrags; ferner ein 10 1/2 Jahre alter Junge und ein gleichaltriger Mechaniker, die bei Ausübung eines Einbruchsdiebstahls erfaßt wurden.

Turnen / Spiel / Sport.

Der Turnverein Oberweier (Amt Kastell) hielt am Sonntag sein diesjähriges Gartenfest ab, verbunden mit turnerischen Auführungen und Fußballwettkampfen gegen die Mannschaften der Turnvereine Bischweier und Ruppelheim. Der Besuch war gut, die turnerischen Leistungen nur lobenswert. Das Ergebnis der Fußballspiele ist folgendes: Bischweier I — Oberweier I 4:2; Bischweier II — Oberweier II 2:2; (unentschieden); Oberweier I — Ruppelheim I 4:3. Zum guten Gelingen der Veranstaltung trugen die hiesige Musikkapelle und der Gesangsverein Eintracht durch Musik- und Gesangsbeiträge bei.

Die Zahl der Radrennbahnen. Ueber die Frage, wieviel Radrennbahnen es auf der ganzen Welt gibt, erhalten wir von

maßgebender Seite folgende Aufzählung, die ebenso interessant wie aufklärend ist, weil sie ein treffendes Bild von dem gegenwärtigen Stärkeverhältnis des internationalen Radrennsports entwirft. Danach steht Deutschland mit 36 Bahnen an der Spitze aller Länder. Am nächsten kommt noch Frankreich mit 24 Bahnen, während Italien mit 10 Pflegestätten den dritten Platz behauptet. An vierter Stelle steht das kleine Belgien mit 8 Anlagen, dicht gefolgt von dem großen Amerika. Die Vereinigten Staaten besitzen sieben Radrennbahnen, von denen aber auch nur drei für Herrenrennen geeignet sind. Dann folgen der Reihe nach Australien mit 5, Holland mit 4, die Schweiz mit 3, England, Dänemark und Spanien mit je 2 und Schweden, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg mit je einer Radrennbahn. — Auf der ganzen Welt existieren zur Zeit etwa 100 Bahnen.

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Table with columns: Stationen, Luftdruck in Meereshöhe, Temperatur, Windrichtung, Niederschlag, Wetter. Rows include Karlsruhe, Rastatt, Baden-Baden, etc.

Wassersstand des Rheins. Magau. 8. August, morgens 6 Uhr: 3.48 m, gest. 1 cm. Mannheim. 8. August, morgens 6 Uhr: 2.21 m.

Advertisement for Frau Witwe Wilhelmine Behrend, Hotel-Besitzer, Theodor Behrend, Hotel-Besitzer. Includes address in Darmstadt and Karlsruhe.

Advertisement for Drilch-Häuser, featuring various real estate listings and services like 'Haarschwund?' and 'Kumagsolan!'.

Advertisement for Gebrüder Hoehl, Sektkellerei, featuring a bottle of sparkling wine and contact information.

Advertisement for Peter Lindenmeier, Maurer, with details about his services and contact information.

Advertisement for Doppelwohnhaus, featuring a property listing with details on location and price.

Advertisement for Kaufmann, featuring a general representation for a watch factory and contact details.

Advertisement for Hannah, featuring a notice of death and funeral arrangements for Julius Chan and Frau Douglass.

Advertisement for Wendeltreppe, featuring a staircase listing with contact information.

Advertisement for Bürofräulein, featuring a notice for a typewriter operator and contact details.

Advertisement for Trauer-Hüte, featuring a notice for a hat shop and contact information.

Advertisement for Strohhüte, featuring a notice for a straw hat shop and contact details.

Advertisement for Kleiner Anzeigen, featuring a notice for small advertisements and contact information.

Advertisement for Haus mit Ladenlokal, featuring a notice for a house with a shop and contact details.

Advertisement for Herrschaftliche Villa, featuring a notice for a luxurious villa and contact information.

Advertisement for Zigarettenfabrik, featuring a notice for a cigarette factory and contact details.

